

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

30.09.2022

Inhalt

EWN

1 Lubminer: „Das ist Irrsinn!“ <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 30.09.2022</i>	3
2 Viertes Leck in Nord-Stream-Röhren <i>Handelsblatt, 30.09.2022</i>	5
3 Japan entwickelt neuen Atomreaktor <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.2022</i>	7

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 30.09.2022 | S. 10

 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

 Martina Rathke

GASKRISE

Lubminer: „Das ist Irrsinn!“

Warum sollte Moskau die Nord-Stream-Pipelines in die Luft jagen, fragen sich Menschen in Vorpommern. Am Anlandepunkt wächst die Nervosität.

Nach den offensichtlichen Anschlägen auf die beiden Nord-Stream-Pipelines wächst am Anlandungspunkt in Lubmin die Nervosität. Am Industriehafen, dort, wo in unmittelbarer Nähe die Nord-Stream-Pipelines anlanden, will der Zweckverband den Sicherheitsbereich erweitern und Straßen vom öffentlichen Verkehr entwidmen. „Als ich am Montag die ersten Meldungen über Lecks an den Pipelines gehört habe, habe ich sofort an die kritische Infrastruktur in Lubmin gedacht“, sagt Bürgermeister und Verbandsvorsteher Axel Vogt (parteilos). Rein in das sensible und künftig großräumig gesperrte Areal darf dann nur noch, wer wirklich dort arbeitet, so der Plan.

Noch im März war der Lubminer Gemeindechef wegen seiner Sorge um das Zusammenspiel von Pipelines, Anlandestationen, Atom-Zwischenlager, den großen Offshore-Stromleitungen inklusive Umspannwerk von Innenminister Christian Pegel (SPD) belächelt worden. Nach den Explosionen an den Pipelines vor Bornholm, die auch in MV messbar waren, sieht sich Vogt in seinen schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Landes- und Bundespolizei haben eigenen Angaben zufolge seit zwei Tagen ihre Präsenz verstärkt, stoppen rigoros Zivilisten, die sich dem Hafengebiet und den Gasstationen nähern.

Der Hafen gleicht einer Großbaustelle: Schwimmbagger vertiefen das Hafenbecken für die FRSU-Plattform, über die die Deutsche Regas ab Dezember Flüssiggas in Lubmin anlanden möchte. Die Bauarbeiter, die mit schwerer Technik ein Betonfundament für die neue LNG-Übergabestation errichten, schütteln angesichts der Explosionen an den Nord Stream-Trassen nur die Köpfe. „Wie bescheuert ist das Ganze! Da draußen werden zwei teure Pipelines kaputtgemacht und wir bauen hier neu“, schimpft ein Baggerfahrer. „Das ist doch Irrsinn.“ Wer für die Lecks verantwortlich ist? „Der Russe auf keinen Fall“, ist sein Kollege Falko Requardt überzeugt. „Warum sollte der Russe seine eigene Lei-

tung in die Luft jagen?“ Die Stimmung unter den Arbeitern ist explosiv. Sie machen sich Sorgen um ihre Gasrechnungen. Sein monatlicher Abschlag für das Heizgas habe sich von 150 auf 771 Euro erhöht, berichtet der Baggerfahrer. „Wer soll das verdienen?“ Der Zorn der Männer richtet sich gegen Berlin. „Wir bauen hier in zwei Monaten eine Gasstation und die in Berlin zanken sich ewig über einen Energiepreisdeckel.“ Einige Stunden später verkündet Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in der Hauptstadt, dass die Bundesregierung 200 Milliarden Euro zur Abfederung der hohen Energiepreise locker machen will.

Bürgermeister Vogt hat in den vergangenen Wochen vehement für die Öffnung der Nord Stream 2 plädiert, von der noch ein Strang stabil sein soll. Es sei schade um die milliardenschweren Investitionen, die da draußen in der Ostsee ungenutzt und inzwischen weitgehend zerstört auf dem Meeresboden liegen, bedauert der Gemeindechef.

Der Kieler Experte für maritime Sicherheit, Johannes Peters, hält die in den sozialen Medien kursierenden Gerüchte, dass die USA hinter der Zerstörung stecken, für falsch. „Gegen diese These spricht auch, dass eine Nord-Stream-2-Röhre noch intakt ist, sagt er dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Vogt weicht einer klaren Position aus, beantwortet die Frage nach den mutmaßlichen Sabotage-Verantwortlichen lieber mit Gegenfragen: „Warum wird die Nord Stream gerade jetzt zerstört, wo der öffentliche Druck, sie zu öffnen, besonders groß ist?“ „Wer kann vor Bornholm überhaupt Explosionen herbeiführen?“ Für 2023 will er seinen Gemeindevertretern empfehlen, die Gewerbesteuerzahlung der Nord Stream AG in Höhe von jährlich 2,7 Millionen Euro nicht in den Haushalt einzuplanen. Wer weiß, ob und wann die Leitungen repariert werden.

Die Nord-Stream-Leitungen haben Lubmin erst zu ei-

nem wichtigen deutschen Energieknotenpunkt gemacht. Grundsätzlich könne die Gemeinde auch ohne die Pipelines leben, ist Vogt inzwischen überzeugt. Neben den Wasserstofffirmen HH2E und Apex gebe es zwei weitere Unternehmen, die aus grünem Offshore-Windstrom Wasserstoff erzeugen und in das Gascade-Leitungsnetz speisen wollen. „Lubmin ist anpassungsfähig. Das hat die Geschichte gezeigt. Auch wenn es

immer wieder Höhen und Tiefen gibt“, sagt er. Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) glaubt an den Standort - auch ohne die einst so wichtigen Lebensadern.

„Lubmin ist und bleibt ein bedeutender Energieknotenpunkt für Deutschland und für die Anlandung von Flüssigerdgas (LNG) ein wichtiger Baustein in der Umsetzung“, sagt Meyer.

ERDGAS**Viertes Leck in Nord-Stream-Röhren**

Die Röhren wurden offenbar durch Explosionen zerstört. Unklar ist, wie viele Detonationen es gab.

Die Sabotage der Nord-Stream-Gaspipelines hat einen größeren Umfang als bisher bekannt. Nach Angaben von Schwedens Küstenwache wurde ein viertes Leck entdeckt. Damit gäbe es nun zwei Leckagen in schwedischen und zwei in dänischen Gewässern, wie ein Sprecher sagte. Am Mittwochabend hatte Ministerpräsidentin Magdalena Andersson von drei Lecks an den beiden Nord-Stream-Gaspipelines gesprochen. Warum der Austritt von Gas an einer weiteren Stelle erst jetzt bekannt wurde, dazu schwiegen sich die Behörden aus.

Die Sabotage der Gaspipelines ist mit großer Unsicherheit verbunden. Zuerst einmal ist nicht geklärt, wer tatsächlich für den Angriff auf die Infrastruktur östlich der dänischen Insel Bornholm verantwortlich ist. Damit steht auch die Frage im Raum, ob es zu Sabotageakten gegen andere Energietrassen oder Telekommunikationsleitungen kommen kann. Diese hatte Russland, das westliche Sicherheitsexperten als Urheber der Angriffe auf die Pipelines sehen, in der Vergangenheit als mögliche Ziele ausgemacht.

In Schweden und Dänemark haben die Behörden die Sicherheitsmaßnahmen daher rund um Kraftwerke und andere sensible Infrastruktur bereits verschärft. In Irland sorgt sich die Regierung darum, dass Russland Unterseekabel im Atlantik sabotieren könnte. Die US-Geheimdienste hatten die Bundesregierung bereits vor möglichen Attacken gewarnt. Ziel Moskaus dürfte dabei sein, die Unterstützung Deutschlands für die Ukraine zu unterminieren.

Beweise gibt es nicht

Immer noch rätseln Experten, wer hinter der Sabotage auf die beiden Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee verantwortlich sein könnte. Zwar haben mehrere Länder bereits Russland als Drahtzieher hinter den Explosionen ausgemacht, doch Beweise gibt es bislang nicht. Mehrere anonyme Quellen aus europäischen

und amerikanischen Geheimdiensten berichten allerdings, dass sich Anfang der Woche russische Militärboote und U-Boote nahe der Explosionsstellen aufgehalten haben sollen. Die Angaben konnten nicht überprüft werden.

Eine anonyme Quelle im dänischen Geheimdienst wies allerdings darauf hin, dass militärische Aktivitäten der russischen Marine normal seien. „Es ist richtig, dass sich russische Fahrzeuge am Montag und Dienstag in der Nähe der Lecks befunden haben, aber das ist nichts, was nicht normal ist“, sagte Stefan Lundqvist, Kapitän und Wissenschaftler an der schwedischen Militärhochschule der Zeitung „Aftonbladet“. Beweise, dass die Boote im Zusammenhang mit den Anschlüssen auf die Pipelines stehen, gäbe es bisher nicht.

Nach Einschätzung von dänischen und schwedischen Experten können Untersuchungen an den Lecks frühestens am Sonntag beginnen, wenn das Gas aus beiden Pipelines endgültig entwichen ist. Schwedische Wissenschaftler bezweifeln allerdings, dass sich noch Beweise sicherstellen lassen. Der Druck, mit dem das Gas aus den Lecks geströmt ist, habe die meisten Spuren vernichtet, glauben sie. In der betreffenden Region ist die Marine inzwischen mit einem eigenen Schiff präsent. Am Donnerstagfrüh ist das Minenjagdboot „Bad Rappenau“ dort angekommen, wie aus Daten von „MarineTraffic“ hervorgeht.

Die Lecks liegen zwar im Hoheitsgewässer von Schweden und Dänemark, allerdings ist Deutschland als Anlandeland für das russische Gas direkt betroffen. Die Bundesregierung hat daher den Bundesnachrichtendienst (BND) mit der Untersuchung beauftragt. Unterstützung erhält der Auslandsgeheimdienst von der Marine, die über das technische Equipment verfügt. Außer der „Bad Rappenau“ kreisen noch ein dänisches Kriegsschiff sowie Boote der schwedischen Küstenwache östlich der Insel Bornholm.

Auch die „Bundespolizei See“ ist im Einsatz. Laut Bundesinnenministerium übernimmt die Behörde mit ihren Schiffen polizeiliche Aufgaben in den Küstengewässern der Nord- und Ostsee. Aus Sicht von westlichen Experten und auch russischen Behörden wurden die Röhren gezielt durch massive Explosionen zerstört. Am Montag war zunächst an einer Röhre von Nord Stream 2 ein Leck aufgetaucht, wenige Stunden spä-

ter folgten dann Lecks an den beiden Röhren von Nord Stream 1. Drei von vier Leitungen sind damit lokal zerstört worden. An welcher Röhre sich das vierte Leck befindet, ist bisher nicht bekannt. Aufgrund der Größe des Schadens halten Experten einen Terrorakt für ausgeschlossen. Sie verweisen auf einen Staat als Urheber der Militärschläge.

 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 30.09.2022 | S. 29 Auflage: 203.914 | Reichweite: 944.262 Patrick Welter

Japan entwickelt neuen Atomreaktor

Mitsubishi Heavy kündigt zusätzliche Sicherheitsmechanismen an

pwe. TOKIO. Der japanische Konzern Mitsubishi Heavy Industries wird gemeinsam mit vier regionalen Energieversorgern einen neuen Atomreaktor mit besonderen Sicherheitsmerkmalen entwickeln. Die Mitteilung des Industriekonzerns von Donnerstag verdeutlicht die strategische Wende, die Japan unter dem Eindruck der stark steigenden Energiepreise in Sachen Nuklearenergie eingeleitet hat. Ministerpräsident Fumio Kishida hatte im Sommer angekündigt, dass das Land neben dem Ausbau erneuerbarer Energien wieder Atomreaktoren bauen wolle, auch als kohlendioxidarme Antwort auf die Erderwärmung (F.A.Z. vom 25. August).

Elf Jahre nach der dreifachen Kernschmelze in den Reaktoren des Kraftwerks Fukushima Daiichi stellte die Regierung so erstmals klar, dass das Land wieder auf einen höheren Anteil der Atomkraft an der Energieversorgung setzt. Japans Energiepolitik steht konträr zum deutschen Ausstieg aus der Atomenergie. In den Jahren nach dem Unfall in Fukushima hatte die Regierung in Tokio eine klare Aussage gemieden und zeitweise argumentiert, dass der Atomstromanteil sinken solle.

Der neue Reaktortyp soll nach Informationen der Wirtschaftszeitung "Nikkei" gegen Mitte der Dreißigerjahre gebrauchsfertig sein. Im Kern handelt es sich um eine Weiterentwicklung der Druckwasserreaktoren, die von den regionalen Energieversorgern in Kansai, Shikoku, Kyushu und Hokkaido schon genutzt werden. Der neue Reaktortyp ist auf 0,6 Millionen bis 1,2 Millionen Kilowatt Strom angelegt.

Wichtigstes Sicherheitsmerkmal ist, dass mit einem verbesserten Kontrollstangenmechanismus die nukleare Kettenreaktion erheblich schneller als in früheren Modellen gestoppt und hochgefahren werden kann. Als unterirdischer Reaktor mit verstärkten Schutzwänden soll der neue Typ besonders sicher vor Terroranschlägen oder Flugzeugabstürzen sein. Mitsubishi Heavy verspricht ferner eine bessere Technik, um im Fall einer Kernschmelze geschmolzenen Brennstoff aufzufangen. Dass der geschmolzene Brennstoff in den havarierten Reaktoren in Fukushima Daiichi sich recht ungehindert ausbreiten konnte, ist eine der größten Schwierigkeiten für den Abriss der dortigen Reaktoren, der noch Jahrzehnte dauern wird.

Der Reaktor ist nicht die einzige neue Entwicklung, die Mitsubishi Heavy plant. Der Konzern arbeitet auch an kleineren und kostengünstigen Reaktoren mit einer Leistung von 0,3 Millionen Kilowatt. Gasgekühlte Hochtemperaturreaktoren sollen bei der Produktion von Wasserstoff helfen. Das Unternehmen plant auch Mikroreaktoren, die mit einer Größe von 4 mal 3 Metern auf dem Lastwagen angeliefert und unterirdisch installiert würden. Das rohstoffarme Japan sieht die Nuklearenergie als notwendigen Bestandteil eines Energiemix, um neben Wind- und Solaranlagen als wetterunabhängige Energiereserve zu dienen. Aktuell strebt das Land bis 2030 einen Nuklearstromanteil von 20 bis 22 Prozent an. Nach verschärften Sicherheitsprüfungen nach 2011 sind in Japan zehn Reaktoren wieder zugelassen und im Prinzip am Netz.